

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinge, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staßfurt, Tereza n.ä.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er scheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, 1/2jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle öfterer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 90 Fig., auswärts 1.— Mk. einschließlich Zeit Mk. 2.—, Reklamezeile Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühestens nach 6 Uhr. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genuss: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 136

Mittwoch, den 16. November 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Stadtverordnetenwahl.

Innerhalb der gesetzlichen Frist sind die nachstehenden 3 Wahlvorschläge für die Stadtverordnetenwahl eingegangen. Sie werden nach Beschluß des Wahlausschusses zugelassen.

Wahlvorschlag König.

- 1) König, Wilhelm, Lagerhaller, Gartenstraße 11
- 2) Thiemann, Gustav, Färbereimüller, Lange Straße 52
- 3) Schöffler, Robert, Maurer, Erdmannshainer Straße 5
- 4) Reine, Reinhold, Zigarrenmacher, Lange Straße 43
- 5) Bergow, Paul, Eisenhändler, Wurzner Straße 19
- 6) Kerzhner, Oskar, Töpfer, Großleinberger Straße 18
- 7) Pohl, Kurt, Former, Kaiser Wilhelm-Straße 17
- 8) Lunkwitz, Otto, Färbereiarbeiter, Markt 13
- 9) Burkhardt, Paul, Hilfspostkassierer, Gartenstraße 52
- 10) Niemeier, Gustav, Gasanstaltsfeuermann, Leipziger Str. 34
- 11) Köppler, Alfred, Schlosser, Grimmaer Straße 24
- 12) Fröbel, Gustav, Spinner, Lange Straße 29.

Wahlvorschlag Schimpf.

- 1) Schimpf, Walter, Kaufmann, Göbelsstraße 15
- 2) Berfurth, Willy, Baumeister, Dörfstraße 7
- 3) Wendler, Kurt, Kaufmann, Gartenstraße 16
- 4) Diehe, Albert, Eisenbahn-Obersekretär, Bahnhofstraße 18
- 5) Mischewitz, Wilhelm, Buchdruckereibesitzer, Leipziger Straße 11
- 6) Spindler, Mag., Lehrer, König Albert-Straße 9
- 7) Wagner, Hermann, Privolmann, Gartenstraße 63
- 8) Arab, Theodor, Bäckereimeister, Grimmaer Straße 15
- 9) Friedemann, Ernst, Oberpostkassierer, Bahnhofstraße 7
- 10) Becker, Johannes, Kaufmann, König Albert-Straße 19.

Wahlvorschlag Krädler.

- 1) Krädler, Ernst, Zigarrenfabrikant, Grimmaer Straße 2
- 2) Brehmer, Arthur, Polizeibeamter, Waldstraße 7
- 3) Hedermann, Wilhelm, Tischler, Lange Straße 28
- 4) Hunger, Robert, Schneidemeister, Grimmaer Straße 25
- 5) Koch, Richard, Gasmaler, Bahnhofstraße 28
- 6) Kackwitz, Emil, Waldwärter, Lange Straße 19
- 7) Gräbner, Oswin, Schlosser, Grimmaer Straße 15
- 8) Graupner, Karl, Weichenwärter, Lange Straße 56
- 9) Golzsch, Hermann, Klempnermeister, Wurzner Straße 8

Die Wähler sind bei Ausübung ihres Wahlrechts an die vorstehenden Wahlvorschläge gebunden. Nur die Stimmzettel, die einem dieser Vorschläge entsprechen, oder mindestens einen Namen, der auf einer der Vorschlagslisten steht, enthalten, sind gültig und werden dieser Liste zugerechnet.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein. Sie dürfen mit keinem anderen Kennzeichen versehen und sollen 9 zu 12 cm groß sein.

Naunhof, am 14. November 1921.

Der Wahlausschuss.

Kleine Zeitung für elliige Leser.

- Zuerstfälliges Vernehmen nach beabsichtigt die deutsche Reichsregierung, den Vorschlag der Industrie auf Entlastung der Bahnen abzuweisen.
- Montag wurde der Zentralrat der Deutschen Werke von General Robet, dem Chef der Interalliierten militärischen Kontrollkommission, empfangen zur Besprechung über die geplante Zerstörung der Werke.
- Das Reichspostministerium plant eine weitere Erhöhung der Fernspreckgebühren um 80 Prozent.
- Die Ernennung des Zentrumsabgeordneten Hirtfelder zum preussischen Wohlfahrtsminister wird amtlich bekanntgegeben.
- An der Montagbörse in Berlin sank der Dollar auf 266 Mark.
- Der Deutsche Beamtenbund erklärte sich gegen die Forderung der Industrie auf Privatisierung der Reichseisenbahnen.
- Das österreichische Bundesheer hat mit der abschrittweisen Besetzung des Burgenlandes, mit Ausnahme des Oedenburger Abtunungsgebietes, begonnen.
- Die bolschewistische Regierung von Aserbeidschan hat beschlossen, den industriellen Besitz seinen Eigentümern zurückzugeben, ebenso auch die Raffinerien.

Überraschung aus Amerika.

Mit den europäischen Abrüstungskonferenzen, die um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts von dem ebenso friedlichen wie schwächlichen Jaren aller Neuzen herbeigeführt wurden, hat man auf diesem Kontinent die allerschlimmsten Erfahrungen gemacht. Ein Krieg folgte auf den andern, bis schließlich der große Weltbrand das ganze alte Regierungssystem zusammenstürzte. Nun sollen die Völker es mit einer amerikanischen Abrüstungskonferenz versuchen; welchen Erfolg und welchen Ausgang wird sie wohl haben?

Die amerikanische Diplomatie hat mit einer großen Überraschung eingeleitet: Sie sagte den Slier bei dem

Hörnern, anstatt, wie es in Europa der Brauch war, immer noch ist, ihn zunächst mit lauernden Blicken zu umkreisen. Die Eröffnungssrede zwar, mit der Präsident Hughes die eingeladenen willkommen hieß, bewegte sich noch ziemlich in hergebrachten Bahnen. Er betonte das Recht der einzelnen Völker auf individuelle und nationale Entwicklung und sand viele schöne Worte für das Ziel der Konferenz, das darin bestehen sollte, die Friedensgarantien zu verstärken, die Lasten der Völker zu vermindern und die Ordnung in der Welt wiederherzustellen. Ein „Zusammenschluß der Aufrichtigen“ sollte die Ursache der Kriege vermindern. Aber sein auswärtiger Staatssekretär Hughes, der sofort nach ihm zu Wort kam, ließ die Lage unbedeutend aus dem Saal. Zur Verbilligung der Zuhörer trug er ihnen sofort ein durchgreifendes Programm für die angestrebte Beschränkung der Seerüstungen vor, während er die Landrüstungen zunächst noch aus dem Spiel ließ. Nach seinem Vorschlag sollen Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan 66 Großkampfschiffe mit einem Gesamttonnagegehalt von 1 878 043 Tonnen aus der Liste ihrer Kriegsschiffe streichen. Davon würden auf Amerika 30 Schiffe mit 845 740 Tonnen, auf England 19 Schiffe mit 583 375 Tonnen und auf Japan 17 Schiffe mit 448 928 Tonnen entfallen. Sings es so weiter, so würde die Welt von einem Unglück betroffen werden, dessen Schrecken unbeschreiblich seien. Man stehe vor einer dauernden Kriegesgefahr und müsse demgemäß handeln. Der Staatssekretär ging aber noch einen Schritt weiter und schlug als zweiten Programmpunkt für die Abrüstung die Einleitung einer Schiffsbaupause vor, die sofort beginnen und zehn Jahre dauern solle. Amerika sei, falls man sein Programm annehme, bereit, die 15 Kriegsschiffe, die es gegenwärtig im Bau habe, zu streichen, um allen anderen Nationen mit gutem Beispiel voranzugehen. Nach Ablauf der zehn Jahre soll für die fernere Flottenstärke eine Grundlage von je 500 000 Tonnen für England und die Vereinigten Staaten und von 300 000 Tonnen für Japan gelten. Jedenfalls sei, damit schloß Hughes, jetzt sofortiges Handeln notwendig.

Selbstverständlich, daß die unmittelbaren Konferenzteilnehmer, als Herr Hughes zu Ende war, ihre Fassung nicht verloren hatten, ihre Würde wahrten und die von ihnen vorbereiteten Begrüßungsansprachen so von sich gaben, als wäre gar nichts geschehen. Draußen aber, in ihren Heimatländern, fiel doch wohl so mancher, der eingeschlossen war, alles schön und gut zu finden, was in Washington passieren werde, für einen Augenblick wenigstens zunächst aus der Rolle. Doch blühschnell ist die Überlegung wiedergekehrt, hat man sich erinnert, daß es das Klügste sei, einweilen eine gute Miene zu jedem noch so bösen Spiel zu machen und das Bessere vertrauensvoll den notwendigen Sonderverhandlungen in Ausschüssen und Unter Ausschüssen zu überlassen. Mit der Tatsache, daß diesmal Amerika einen moralischen Vorsprung in der Welt davongetragen hat, der seinen Eindruck bei den Völkern der Erde nicht verfehlen wird, muß man sich wohl abfinden und im übrigen die berühmten Sachverständigen aufmarschieren lassen, die schon oft genug soviel Wasser in vorzügliche Weine zu schütten verstanden, das schließlich nur ein ungefährliches Getränk übrig blieb. Berechnungen werden aufgestellt, Zukunftsentwicklungen in Betracht gezogen werden, man wird die Frage der Seemachtverteilung nach allen Seiten hin drehen und werden, um nachzuweisen, daß der amerikanische Vorschlag im Grunde ebenso sehr auf intriganten Absichten beruhe, wie viele andere Rüstungsbeschränkungen auch, mit denen die Welt schon des öfteren unterhalten worden ist — und ein Meer von Linte wird abermals vergossen werden, um zu beweisen, daß der Weltfriede so, wie die Herren Amerikaner es sich denken, denn doch nicht auf Erden herbeizuführen sei.

Frägt sich nur, ob diese Herren den Stier, den sie bei den Hörnern gepackt haben, trotz alledem festzuhalten verstehen oder ob sie sich von der europäischen Kollegenchaft überlistet lassen werden. Ein Schauspiel, dem wir Deutsche leider nur als verhältnismäßig unbeteiligte Zeitgenossen beizubohnen können.

Der Vorschlag der Industrie unannehmbar?

Vor der Entscheidung der Regierung.
Bei der Reichsregierung soll die Absicht bestanden haben, bereits Montag Stellung zu dem Vorschlag der Industrie auf Privatisierung der Eisenbahnen als Gegenleistung für die Kredithilfe zu nehmen. Eine Sitzung der Regierung fand aber nicht statt. Trotzdem soll über die Haltung, die die Regierung gegenüber den Bedingungen der Industrie einnimmt, kein Zweifel bestehen. Schon jetzt könnte mit ziemlicher Bestimmtheit erklärt werden, daß die Reichsregierung sich durchaus ablehnend verhalten wird, und es gilt nicht als ausgeschlossen, daß die Reichsregierung in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen wird, öffentlich das Verlangen der Industrie unumwunden zurückzuweisen.

Rein Moratorium für Deutschland.

Die französische amtliche Agentur Havas erklärt, das erste Ergebnis des Planes der deutschen Industrie sei gewesen, daß die Bande zwischen den englischen und französischen Mitgliedern der Reparationskommission enger knüpft worden seien. In der Reparationskommission wäre nie davon die Rede gewesen, Deutschland für die

am 15. Januar zu leistenden Zahlungen ein Moratorium oder einen Zahlungsausschub zu gewähren.

Die deutsche Regierung soll übrigens in der Lage sein, die demnächst fälligen Ratenzahlungen zu leisten. Von anderer Seite wird dies bestritten. In Washington ist eine starke Strömung vorhanden, eine Änderung des Schuldensatzungsverfahrens herbeizuführen, das den Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen droht.

Ministerpräsident Braun über die Laae

„Unmögliches darf man von Deutschland nicht verlangen.“
Mülheim (Ruhr), 14. Nov.

Der preussische Ministerpräsident Braun, politisch der Sozialdemokratie angehörend, sprach hier in einer großen Versammlung über die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage. Er sagte, daß der Entscheid über Oberschlesien, durch den wir einen schweren Verlust an Land und Leuten erlitten haben, sehr schmerzhaft für uns sei. Aber am schmerzhaftesten sei der wirtschaftliche Verlust. Wenn es gelänge, eine Atmosphäre der Einsicht in ehemals feindlichen Auslande in steigendem Maße zu erzeugen, so sei das auf die Politik des Kabinetts Birlik und auf die Annahme des Ultimatums zurückzuführen. Die Gegner sehen mit jedem Tage mehr und mehr ein, daß Unmögliches von Deutschland zu verlangen, schließlich den Tod der englischen, französischen und amerikanischen Exportindustrie bedeuten würde. Durch den schlechten Stand der Welt habe in gewissen Kreisen eine Inflationsspekulation Platz gegriffen, die als Folge eine Kaufpanik im Land hervorgerufen habe. Gegen den Kartostellwucher müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Die Industrie verlange jetzt die Entstaatlichung der Eisenbahnen. Dagegen müsse sich die Bevölkerung mit aller Energie wenden. Eine Erhöhung der Verbrauchssteuern könne nicht verlangt werden, ehe nicht der Besitz in vollem Maße herangezogen sei. Alle Kräfte der Staatsgewalt müßten eingesetzt werden gegen jene Kreise, die sich gegen die republikanische Verfassung auflehnen wollen.

Die neue Kultur beruhe auf einer Pflicht des Gemeinnsinn. Der Egoismus spiele noch in vielen Kreisen eine große Rolle. Ein Bürgerkrieg würde nichts weiter bedeuten, als einen vollständigen Untergang ganz Deutschlands.

Auch abermals erhöhte Fernspreckgebühren?

Um weitere 80 Prozent.
Wie schon bekannt, hat das Reichspostministerium mit dem Verkehrsrat über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren verhandelt. Während über Post- und Telegraphengebühren ein Einverständnis erzielt wurde, hielt der Verkehrsrat die Erhöhung der Fernspreckgebühren für verfrüht, ohne aber an den in Aussicht genommenen Gebührensätzen etwas zu ändern. Inzwischen ist die neue Befehlungsbehörde eingetreten. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Gebührensätze um 50 Prozent zu erhöhen. Demzufolge ist im Vergleich zu der Vorkriegszeit bei der Berechnung der künftigen Gebührensätze statt des Verhältnisses 1 : 10, ein solches von 1 : 15 zugrundegelegt worden. Die Gebührensätze für den Brief- und Postamtverkehrs- und Päckchenverkehr sind schon veröffentlicht worden. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Fernspreckgebühren soll 80 Prozent betragen. Die Einzelgespräche würden danach auf 45 Pfennige kommen. Die neuen Erhöhungen, die dem Reichsrat vorliegen, müssen weiter auch die Genehmigung des Reichstaats erlangen. Wenn auch der Verkehrsrat sich vorläufig ablehnend verhalten hat, ist es kaum ausgeschlossen, daß die Regierung schließlich auf ihre Pläne verzichtet. Vielleicht werden sie ein Geringes abgeschwächt, treten aber möglicherweise schon am 1. Januar 1922 in die Erscheinung.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Tagung der nationalen Berufsverbände.
Die zweite Tagung der nationalen Berufsverbände in Berlin, früher Nationalverband deutscher Gewerkschaften, nahm den Vortrag des Verbandsvorsitzenden über „Gewerkschaft oder Berufsverband“ entgegen. Der Vorsitzende kam zu dem Schluß, daß die nationalen Berufsverbände das Bestreben zur Privatwirtschaft ablegen müßten. Der Verband hat zurzeit 200 000 Mitglieder.

Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder.
Die Ernennung des Zentrumsabgeordneten Hirtfelder zum preussischen Wohlfahrtsminister wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Hirtfelder hat sich durch seine Tätigkeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und im öffentlichen Leben einen Namen erworben. Er wurde am 26. April 1876 in Essen geboren und erlernte das Schlosserhandwerk. Im christlichen Metallarbeiterverband wurde ihm am 1. August 1904 der Posten eines Bezirksleiters übertragen. Seit August 1920 ist er dessen Verbandssekretär.

Rückzahlung von Böllen.
Die Interalliierte Abrechnungskommission in Koblenz